

1 **DRINGLICHKEITSANTRAG an die 1. Tagung des 6. Landesparteitages**

2 **DIE LINKE. Thüringen**

3

4 **EinreicherInnen:** LAG Frieden und Internationale Politik/ Migration

5

6 **Moderne Einwanderungsbehörden: Integration ist mehr als ein Verwaltungsakt**

7

8 **Beschlussantrag:**

9 DIE LINKE. Thüringen setzt sich aktiv für die Ausgestaltung einer einwanderungsfreundlichen
10 Politik in Thüringen ein und zieht eine kritische Bilanz aus den Erfahrungen im Arbeitsfeld der
11 ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe sowie den staatlichen Aufgabenstellungen im Bereich der
12 humanitären Erstversorgung und Unterbringung von Asylsuchenden im Rahmen der
13 kommunalen Verwaltung.

14

15 Wir fordern die Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs für eine Änderung der Thüringer
16 Kommunalordnung in Bezug auf die sogenannten „Ausländerbehörden“ mit dem Ziel moderne
17 und kompetente Einwanderungsbehörden zu schaffen, in denen Koordinierungs- und
18 Kommunikationsleistungen auf kommunaler Ebene gebündelt und qualitativ sowie quantitativ
19 erweitert werden.

20

21 Durch eine gut regulierte Begleitung und kompetente Fallbearbeitung über das Asylverfahren
22 hinaus bis hin zur Staatsbürgerschaft, ergibt sich eine hohe Transparenz, Effektivität und vor
23 allem Akzeptanz bei allen Beteiligten. Vorgesehen sind keine Sonderleistungen für
24 Migrant*innen, sondern eine Professionalisierung und Unterstützung bestehender Strukturen.

25

26 Thüringen kann zum Vorbild in der Einwanderungspolitik werden, wenn es gelingt eine Struktur
27 zu schaffen, die Integration nicht als „Einbahnstraße in ein Land voller sozialer Kälte“ begreift,
28 sondern als notwendigen Entwicklungspfad in einer global organisierten Wirtschaft und somit
29 auch als eine gesellschaftliche Strategie, die den Wohlstand und sozialen Frieden in Europa
30 untermauert.

31

32 Durch eine Ausdifferenzierung der Migrationsphänomene (Innereuropäische Migration, Flucht
33 vor Krieg und politischer Verfolgung, Flucht vor Klimakatastrophen und Heimatlosigkeit) in Form
34 einer eigenständigen Behörde, lassen sich die Herausforderungen besser abbilden und den
35 Bürgern wird verständlich, welche Gründe und Motive in einer aktiven Einwanderungspolitik
36 liegen.

37

38 Die Wirksamkeit auf verschiedenen Ebenen: 1. Kooperation mit Bundesamt für Migration und
39 Flucht (BAMF), dem Thüringer Ministerium für Justiz, Verbraucherschutz und Migration (TJVM)
40 und Thüringer Staatskanzlei zur Durchführung der Erstversorgung/ Unterbringung und
41 sozialpädagogischen Begleitung von Asylsuchenden; 2. Kooperation mit Thüringer
42 Bildungsministerium, Schulämtern und Bildungsträgern zur nachhaltigen Eingliederung in die
43 schulischen, beruflichen und universitären Bildungswege; 3. Bereitstellung von Dolmetscher-
44 Dienst für regionale Kooperationspartner; 4. Bedarfsorientierte Förderung von lokalen Akteuren
45 und Trägern der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe und Integrationsarbeit (Vereine, Initiativen,
46 Patenschaften)

47

48

49 **Begründung:**

50

51 Integration wird in weiten Teilen des Landes auf einen Verwaltungsakt reduziert. Die
52 „Willkommenskultur“ ist kaum spürbar und nur im Bereich ehrenamtlicher Patenschaftshilfe zu
53 finden. Insbesondere die Behörden der Landratsämter reagierten sehr unterschiedlich, zum Teil
54 phlegmatisch und widerwillig, im Umgang mit den gestiegenen Anforderungen im Bereich
55 „Asyl/Integration“. Die „Integrationslots*innen“, welche vom Land Thüringen in allen
56 Landkreisen bereitgestellt worden sind, wurden zum Teil intern besetzt und nicht an die
57 Ausländerbehörde gekoppelt.

58

59 Dabei muss der Umgang mit Flucht und Migration als zentrale Herausforderungen des 21.
60 Jahrhunderts verstanden werden. Eine linke Einwanderungspolitik muss deshalb von dem
61 Grundsatz einer humanitären Lösung getragen sein und eine eigenständige Maxime entwickeln:
62 Der Westen muss die Demokratie nicht in die Welt tragen, wenn „die Welt“ zu uns kommt und
63 wir unsere freiheitliche Rechtsstaatlichkeit beibehalten.

64

65 Die Perspektive von Flüchtlingen geht in der nun schon jahrzehntelang anhaltenden Debatte um
66 Einwanderung völlig unter. So sind in den verschiedenen Bereichen konkrete Verbesserungen für
67 die Geflüchteten durch die Schaffung von behördlichen Stellen zu erwarten. Welchen
68 Aufgabenbereich sollte diese Stelle abdecken?

69 Zum Beispiel:

70

- 71 • Beratung zum Klageweg bei nicht Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft.
- 72 • Beratung zum Familiennachzuges und Unterstützung bei der praktischen Umsetzung
- 73 • aktive Hilfe bei der Wohnungssuche nach der Anerkennung als Flüchtling
- 74 • frühzeitige Erfassung des Bildungsstandes des einzelnen Flüchtlings um eine die weitere
75 Aus- bzw. Fortbildung zu optimieren.
- 76 • Effektive Zusammenarbeit mit aktiven Vereinen, Landesarbeitsgruppen usw. um auf
77 territoriale Probleme zeitnah reagieren zu können.

78

79

80 Es ist schwierig Monopolisierungstendenzen in der Trägerlandschaft zu verhindern, da in der
81 Provinz kaum eine flächendeckende Verankerung von Beratungs- und Bildungsangeboten zu
82 halten ist. Dort wo einzelne, starke Träger auftreten und sehr effektive Unterstützungs- und
83 Integrationsangebote unterbreiten, werden sich Migrant*innen natürlich eher niederlassen (Bsp.
84 Gera, Jena). Deshalb plädieren wir für die Übernahme von Aufgabenstellungen, die in der
85 Zivilgesellschaft quasi entwickelt und erprobt worden sind, in eine flächendeckend vertreten
86 Behörde.

87

88 Die staatlichen Aufgabenstellungen im Bereich der Flüchtlingshilfe, die sich im wesentlichen auf
89 die humanitäre Erstversorgung und die Unterbringung im Asylverfahren beschränken, sollten
90 durch gesetzliche Rahmenbedingungen im Kommunalrecht erweitert werden. In einer modernen
91 Einwanderungsbehörde können konkrete Bleibeperspektiven aufgezeigt und im Einzelfall bis hin
92 zur Einbürgerung entwickelt werden. Dabei muss auf die Erfahrungswerte der Initiativen,
93 Vereine und NGOs zurückgegriffen werden, die während der letzten zwei Jahre (und darüber
94 hinaus) gesammelt worden sind.

95

96 Ziel muss eine Verbesserung der Situation im Bildungssystem sein. Eine Übergangsphase in
97 homogenen Klasse darf max. ein halbes Schuljahr andauern – die Lehrkräfte benötigen deshalb
98 neben didaktischer Weiterbildung auch Hilfe durch Schulbegleiter*innen, die den Kontakt zu
99 Familien suchen und externe Projektarbeit organisieren.
100
101 Da die Notwendigkeit der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform u.a. in der
102 demographischen Entwicklung begründet ist, muss es in Thüringen gelingen dauerhafte Bleibe-
103 und Lebensperspektiven für Menschen zu eröffnen, seien es Geflüchtete oder andere
104 Migrant*innen. Im Rahmen der Zuweisung verschiedener Aufgabenstellungen an die
105 neustrukturierten Gebietskörperschaften ergibt sich jetzt die Möglichkeit diesen personellen und
106 strukturellen Aus- und Umbau der Ausländerbehörden vorzunehmen.